



Rathaus Umschau

Donnerstag, 13. Dezember 2018

Ausgabe 238

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	2
› Erfolg gegen Zweckentfremdung: Airbnb muss Daten herausgeben	2
› OB Reiter kondoliert zum Tod von Alexander Miklosy	3
› Unterbringung Flüchtlinge: Sozialreferat sieht Freistaat in der Pflicht	3
› Masern-Fall auf der „European Outdoor Film Tour“	4
› Kranke Weiden „Am Graben“ müssen gefällt werden	5
› Rundgang durch die Sammlung Puppentheater im Stadtmuseum	5
› Tag der Offenen Tür im NS-Dokumentationszentrum München	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

**Freitag, 14. Dezember, 13 Uhr, Mobilitätsstation Freienfels-/Ecke
Wiesentfellerstraße**

Eröffnung der neuen E-Mobilitätsstation im Rahmen des Projekts Smarter Together.

Dienstag, 18. Dezember, 18 Uhr, Saal im Alten Rathaus

Stadträtin Verena Dietl (SPD-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters beim Jahresempfang des Muslimrats München ein Grußwort.

Bürgerangelegenheiten

**Donnerstag, 20. Dezember, 17 bis 19 Uhr, HeideTreff Nachbarschafts-
treff, Karl-Köglsperger-Straße 13 (rollstuhlgerecht)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Erfolg gegen Zweckentfremdung: Airbnb muss Daten herausgeben

(13.12.2018) Die Online-Plattform zur Vermittlung privater Unterkünfte – Airbnb – muss der Landeshauptstadt München Daten der Gastgeber von vermittelten Wohnungen herausgeben. Das hat das Verwaltungsgericht München heute entschieden.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Ich begrüße die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes München ausdrücklich. Es zeigt, dass sich Airbnb nicht aus der Verantwortung ziehen kann. Wir brauchen jede bezahlbare Wohnung für die Münchnerinnen und Münchner. Darum tun wir alles, um Zweckentfremdung zu verhindern.“

Das Gericht hat bestätigt, dass die Forderung der Landeshauptstadt München nach Herausgabe der Daten berechtigt und verhältnismäßig ist. Die Stadt hatte die Daten derjenigen Inserenten eingefordert, die ganze Wohnungen mehr als acht Wochen im Jahr als Ferienwohnungen vermieten.

OB Reiter kondoliert zum Tod von Alexander Miklosy

(13.12.2018) Oberbürgermeister Dieter Reiter kondoliert dem Lebensgefährten zum Tod von Alexander Miklosy: „Mit großem Bedauern habe ich erfahren, dass Ihr Lebenspartner verstorben ist. Im Namen der Landeshauptstadt München und persönlich spreche ich Ihnen und allen Angehörigen zu diesem schmerzlichen Verlust mein aufrichtiges Mitgefühl aus. Alexander Miklosy war über 15 Jahre lang Vorsitzender und über 22 Jahre Mitglied des Bezirksausschusses 2 Ludwigsvorstadt – Isarvorstadt. Er hat sich in den langen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit mit großem persönlichen Engagement und viel Einfühlungsvermögen den Interessen ‚seines‘ Stadtbezirks angenommen. Für dieses langjährige Wirken gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Die Landeshauptstadt München hat Alexander Miklosy mehrfach geehrt und ihn im Jahr 2015 für seinen Einsatz um das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger mit der Medaille ‚München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens‘ in Silber ausgezeichnet.

Die Kolleginnen und Kollegen des Bezirksausschusses und die Landeshauptstadt München werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.“

Unterbringung Flüchtlinge: Sozialreferat sieht Freistaat in der Pflicht

(13.12.2018) Das Sozialreferat wird Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern über eine Erstattung der Unterbringungskosten für alle anerkannten Flüchtlinge aufnehmen. Das hat der Sozialausschuss des Stadtrats jetzt beschlossen.

Hintergrund ist eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (BayVGH) vom 16. Mai 2018, in der der BayVGH die Gebührenregelung zur Unterbringung von Flüchtlingen in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften des Freistaates für unwirksam erklärt. In der Beschlussbegründung verweist der BayVGH darauf, dass die primäre Zuständigkeit für die Unterbringung anerkannter Asylberechtigter beim Freistaat liegt.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy: „Das bedeutet, dass es keine freiwillige Leistung des Freistaates gegenüber den Kommunen ist, diese Menschen unterzubringen, wenn sie auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnung finden, sondern dass der Freistaat für diese Unterbringung zuständig ist. Natürlich werden wir als Stadt trotzdem unserer Verpflichtung nachkommen, den Freistaat bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen. Aber der Freistaat muss für die Kosten der Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen im Wohnungslosensystem aufkommen und nicht die einzelnen Kommunen.“

Der Freistaat erstattet der Landeshauptstadt München derzeit die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen im Asylverfahren und für aner-

kannte Flüchtlinge, die noch in Flüchtlingsunterkünften der Stadt untergebracht sind. Darüber hinaus befinden sich derzeit zirka 2.000 anerkannte Asylbewerber in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Deren Unterbringungskosten zahlt bisher vollständig die Landeshauptstadt. Gleiches gilt für die heranwachsenden anerkannten Flüchtlinge und aus humanitären Gründen aufgenommene Flüchtlinge, die in Wohnprojekten untergebracht sind. Derzeit bereitet das Amt für Wohnen und Migration eine Kostenaufstellung für diese Personengruppe nach den verschiedenen Unterbringungsformen vor.

Auf Ebene des Bayerischen Städtetags, der die Position der Landeshauptstadt München teilt, haben bereits Gespräche mit dem Staatsministerium des Innern und für Integration stattgefunden. Eine abschließende Regelung konnte jedoch noch nicht gefunden werden. Das Sozialreferat wird zunächst in Abstimmung mit dem Bayerischen Städtetag auf dem Verhandlungswege klären, in welchem Umfang sich der Freistaat der Rechtsansicht des BayVGH anschließt und zu einer Kostenerstattung auch für diesen Personenkreis bereit ist. Sollte sich hierbei keine einvernehmliche Lösung erzielen lassen, zieht das Sozialreferat auch eine gerichtliche Klärung der Angelegenheit in Erwägung.

Masern-Fall auf der „European Outdoor Film Tour“

(13.12.2018) Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) informiert, dass auf der „European Outdoor Film Tour“ am Dienstag, 4. Dezember, beginnend um 20 Uhr, in der alten Kongresshalle München, Theresienhöhe 15, eine an Masern erkrankte Person anwesend war, die zu diesem Zeitpunkt ansteckend war. Personen, die an dieser Veranstaltung teilgenommen haben und weder eine Masernimpfung noch die Masernerkrankung durchgemacht haben, könnten sich dort angesteckt haben und nun (ab acht bis zehn Tage danach) selbst an Masern erkranken.

Bei Masern handelt es sich um eine hochansteckende Virusinfektion, die mit Fieber, Husten, Schnupfen, Halsschmerzen und Bindehautentzündung der Augen einhergeht. Nachfolgend tritt ein Hautausschlag auf, der häufig hinter den Ohren und im Gesicht beginnt. Für an Masern Erkrankte sowie deren nicht immune Kontaktpersonen gilt nach dem Infektionsschutzgesetz ein Besuchsverbot für Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderkrippen, -gärten und Schulen.

Aufgrund der bei Masern bekannten gefährlichen Komplikationen versucht das Referat für Gesundheit und Umwelt bei dieser meldepflichtigen Infektion, nicht immune Kontaktpersonen zu finden, um sie auf ihr mögliches Risiko hinzuweisen. Das RGU bittet deshalb diesen Personenkreis, sich umgehend unter Telefon 233-4 78 09 zu melden.

Unter dieser Nummer sind auch weitere Informationen erhältlich.

Eine individuelle Beratung ist darüber hinaus bei Haus- und Kinderärzten möglich. Das Referat für Gesundheit und Umwelt bietet täglich von 11 bis 12 Uhr eine telefonische Impfberatung unter der Rufnummer 233-6 69 07 an.

Kranke Weiden „Am Graben“ müssen gefällt werden

(13.12.2018) In der Grünanlage „Am Graben“ in Perlach müssen beim Spielplatz noch in dieser Woche drei Weiden gefällt werden. Wegen eines Pilzbefalls beträgt die Restwandstärke nur mehr zirka zwei Zentimeter, die Bäume drohen umzufallen. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, müssen sie gefällt werden. Als Ersatz sind Nachpflanzungen geplant. Außerdem muss eine weitere Weide, ebenfalls wegen Pilzbefalls, stark zurückgeschnitten werden. Ein externer Gutachter hat die unzureichende Standsicherheit der Bäume bestätigt. Der Bezirksausschuss und die Untere Naturschutzbehörde sind über die Maßnahme informiert.

Rundgang durch die Sammlung Puppentheater im Stadtmuseum

(13.12.2018) Am Dienstag, 18. Dezember, 10.30 Uhr, können sich Besucherinnen und Besucher mit Mascha Erbeling am „MuseumsMorgen!“ auf einen Rundgang durch die „wunder.kammer“ begeben. Diese Ausstellung des Figurenspielers Frank Soehnle mit seinen grazil-zerbrechlichen Fantasiefiguren ist aktuell im Müncher Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zu bestaunen. In acht motivisch inszenierten Räumen begegnen die Bühnenmarionetten ihren Ahnen und Doppelgängern aus der Sammlung Puppentheater des Museums und treten in einen sinnlichen Dialog. Erkundet werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Beziehungen und Metamorphosen. Eine Einladung zum Staunen und Wundern. Der Eintritt kostet 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro, die Führung beträgt 3 Euro.

Tag der Offenen Tür im NS-Dokumentationszentrum München

(13.12.2018) Zum ersten Mal lädt das NS-Dokumentationszentrum München, Max-Mannheimer Platz 1, am Sonntag, 16. Dezember, zu einem Tag der Offenen Tür mit öffentlichen Rundgängen bei freiem Eintritt ein. Auch die Dauerausstellung „München und der Nationalsozialismus“, die aktuelle Sonderausstellung „Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in München 1933–1945“ sowie das Lernforum sind von 10 bis 19 Uhr kostenfrei zugänglich. Stündlich werden an diesem Tag kostenfreie Rundgänge durch die Dauerausstellung in verschiedenen Sprachen angeboten, und zwar um 11 Uhr auf Deutsch, 11.30 Uhr auf Englisch, 12.30 Uhr auf Französisch, 13 Uhr auf Slowenisch, 14 Uhr auf Hebräisch, 14.30 Uhr auf Russisch, 15 Uhr auf Spanisch, 16 Uhr auf Türkisch und um 17 Uhr auf Italienisch. Die Teilnehmerzahl ist pro Rundgang auf maximal 20 Personen begrenzt. Um Anmeldung unter veranstaltungen.nsdoku@muenchen.de wird gebeten.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 13. Dezember 2018

Brandschutz in der Markuskirche?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer (Fraktion FDP – HUT) vom 16.11.2018

Auswirkungen der Firmensitzverlagerung der Linde AG?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke) vom 25.10.2018

Brandschutz in der Markuskirche?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (Fraktion FDP – HUT)
vom 16.11.2018

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Auf Ihre Anfrage vom 16.11.2018 nehme ich Bezug.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Wir haben erfahren, dass künftig Bürgerversammlungen des Stadtbezirks 3 (Maxvorstadt) nicht mehr in der Markuskirche in der Gabelsbergerstraße stattfinden können. Brandschutzgründe sollen dagegen sprechen, obwohl die Kirche für Konzerte und religiöse (Groß-)Veranstaltungen weiterhin genutzt werden sollen.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Ist es richtig, dass aus Brandschutzgründen in der Markuskirche künftig keine Bürgerversammlungen mehr stattfinden können?

Antwort:

Dies trifft nicht zu. Es sprechen keine Brandschutzgründe gegen die Durchführung von Bürgerversammlungen in der Markuskirche. Für die Durchführung der Bürgerversammlung in der Markuskirche erlässt das Kreisverwaltungsreferat jeweils einen Auflagenbescheid, in den die brandschutztechnischen Auflagen der Branddirektion einfließen. Bei Beachtung dieser Auflagen ist die Durchführung einer Bürgerversammlung weiterhin möglich.

In diesem Jahr wurde alternativ erstmals der Sophiensaal im Bayerischen Landesamt für Steuern in der Sophienstraße als Versammlungsort für die Bürgerversammlung im Stadtbezirk 3 – Maxvorstadt gewählt. Aus Sicht des Direktoriums war dieser Saal aus folgenden Gründen besser geeignet:

Die Einhaltung der brandschutztechnischen Auflagen in der Markuskirche erfordert einen höheren Aufwand als im Sophiensaal. So müssen z.B. Hinweisschilder für Notausgänge und Fluchtwege installiert und Feuerlöscher mitgebracht und aufgestellt werden. Im Sophiensaal sind diese bereits vorhanden. Der Sophiensaal bietet für die Bürgerinnen und Bürger, die Versammlungsleitung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Di-

rektoriums außerdem eine bessere Übersicht. Wenn die Markuskirche voll besetzt ist, ist der Blick für und auf die seitlich sitzenden Bürgerinnen und Bürger durch Säulen verdeckt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist dies bei den einleitenden Präsentationen ein Nachteil. Auch die Versammlungsleitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Direktoriums können dadurch Meldungen teilweise nicht wahrnehmen, außerdem wird die Auszählung der Stimmen erschwert. Auch ist der Einlassbereich in der Markuskirche räumlich beengt. Bei großem Andrang müssen die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße warten, im Sophiensaal ist dies nicht der Fall. Gerade bei schlechtem Wetter ist die Situation für die Bürgerinnen und Bürger so angenehmer. Problematisch ist in der Markuskirche zudem der Zugang zur Bürgersprechstunde, die vor Beginn der Bürgerversammlung abgehalten wird. Diese findet in der Markuskirche im Gemeindesaal im rückwärtigen Bauteil der Kirche statt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger trotz Ausschilderung nicht den barrierefreien Zugang zum Gemeindesaal von außen nutzen, sondern vom Kirchenraum aus einen kleinen verwinkelten Gang mit Treppen wählen. Dies führt immer wieder zu kleineren (Beinahe-)Unfällen.

Frage 2:

Wenn ja, welche Gründe sind dies konkret?

Antwort:

Siehe dazu Antwort zu Frage 1.

Auswirkungen der Firmensitzverlagerung der Linde AG?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)
vom 25.10.2018

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 25.10.2018 erkundigten Sie sich nach den Auswirkungen der Firmensitzverlagerung der Linde AG.

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

Wie viele Menschen arbeiten aktuell für die Linde AG in München? Ist bekannt, wie viele Beschäftigte in den Nachbargemeinden Münchens für die Linde AG arbeiten?

Antwort:

Nach Rückfrage bei der Linde AG können wir hierzu Folgendes antworten:

„Aktuell sind bei der Linde AG rund 3.500 Mitarbeiter beschäftigt (Stichtag 30.9.2018). Davon rund 230 in München und rund 3.230 im Münchner Umland (an den Standorten Pullach, Unterschleißheim, Oberschleißheim und Oberhaching).“

Frage 2:

Hat die Stadtverwaltung bereits Informationen darüber, wie viele dieser Arbeitsplätze entfallen, wenn der Firmensitz nach Dublin verlegt wird? Sind auch Produktionsstandorte gefährdet?

Antwort:

Hier die Ausführungen der Linde AG zu diesem Themenbereich:

„Sind diese Arbeitsplätze durch eine Verlegung des Firmensitzes betroffen und wenn ja in welchem Umfang?“

Der Vorstand der Linde AG und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben im Dezember 2016 einen Beschäftigungspakt für den Fall eines erfolgreichen Zusammenschlusses mit der Praxair, Inc. vereinbart. Danach sind betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis zum 31. Dezember 2021 in Deutschland ausgeschlossen. Für die neue Organisation von Linde plc wird eine angemessene Aufteilung der Zentralfunktionen zwischen

dem Raum München und Danbury, USA angestrebt. Die genaue Zahl der von dieser Aufteilung möglicherweise betroffenen Stellen in der Unternehmenszentrale ist derzeit nicht abschließend zu beziffern.

Sind auch Produktionsstandorte betroffen?

Linde und Praxair haben im Zuge des Fusionskontrollverfahrens gegenüber der EU-Kommission zugesagt, das Gasgeschäft von Praxair im Europäischen Wirtschaftsraum an einen unabhängigen Dritten zu veräußern, so dass es nicht zu Überschneidungen zwischen den Tätigkeiten von Praxair und Linde kommt. Insofern ergeben sich für die deutschen und europäischen Standorte durch den Zusammenschluss voraussichtlich zunächst keine wesentlichen Veränderungen.“

Frage 3:

Wie wirkt sich die Verlagerung des Firmensitzes auf die in München anfallende Gewerbesteuer aus? In welcher Größenordnung könnten sich mögliche Steuerausfälle abspielen, ab welchem Zeitpunkt kann es zu Steuerausfällen kommen? Kann dies zu Einschränkungen für den städtischen Haushalt führen?

Antwort der Stadtkämmerei – Kassen- und Steueramt:

„Firmen, die ihre Betriebsstätte bzw. Firmensitz von München vollständig weg verlegen, sind in München nicht mehr gewerbesteuerpflichtig. In aller Regel wirkt sich dies noch im Jahr der Verlegung des Firmensitzes aus, da die betroffenen Firmen die bereits laufenden vierteljährlich fälligen Gewerbesteuervorauszahlungen in München absetzen lassen. Es kann aber im Rahmen von abgegebenen Steuererklärungen oder auf Grund der Ergebnisse von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Gewerbesteuerfestsetzungen für Vorjahre kommen.

Zu den Daten bezüglich der Linde AG können im Rahmen einer Stadtratsanfrage keine Auskünfte erteilt werden, da es sich hierbei um Daten handelt, die dem Steuergeheimnis unterliegen und daher nicht mitgeteilt werden dürfen (§ 30 Abgabenordnung).

Die monetären Auswirkungen werden von der Stadtkämmerei im Rahmen der Haushaltsplanung für die Gewerbesteuer berücksichtigt (Steuerschätzung). Eine allgemeine Relevanz für den städtischen Haushalt besteht nicht, der Gewerbesteueransatz 2018 beträgt 2,69 Milliarden Euro und wird voraussichtlich auch in dieser Höhe eingenommen.

Die allgemeine Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen ist aktuell nach wie vor positiv zu bewerten.“

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantworten konnte.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 13. Dezember 2018

Den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre verleihen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Heike Kainz und Frieder Vogelsang (CSU-Fraktion)

Rechtzeitige Information der Bevölkerung bei privaten Baustellen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Renate Kürzdörfer, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Cumali Naz, Alexander Reissl, Helmut Schmid, Julia Schönfeld-Knor, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Bundesgrundstücke für Wohnungsbau

Antrag Stadtrat Alexander Reissl (SPD-Fraktion)

Stadtratshearing zum Thema LGBTIQ*-feindliche Hasskriminalität

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anne Hübner, Christian Müller und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

München wird Mitglied der Cities Coalition for Digital Rights

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dominik Krause, Angelika Pilz-Strasser, Dr. Florian Roth und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

München braucht einen dritten Wagenplatz – Zwischennutzung des Städtischen Grundstückes MK2 an der Ganghoferstraße 72 für den Verein „Rad und Tat“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Angelika Pilz-Strasser, Thomas Niederbühl und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Boomtown München – aber wie viele Menschen arbeiten für Niedriglohn oder machen unbezahlte Überstunden?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

Was kostet den Münchner Bürger die Grüne Ideologie – Nachgefragt

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Anja Burkhardt
Stadträtin Heike Kainz
Stadtrat Frieder Vogelsgesang

ANTRAG

13.12.2018

Den Architekturpreis der Landeshauptstadt München alle zwei Jahre verleihen

Die Landeshauptstadt München vergibt zukünftig den Architekturpreis alle zwei Jahre.

Begründung:

Momentan wird der Architekturpreis alle 3 Jahre für das herausragende Gesamtwerk von Architektinnen und Architekten (beziehungsweise Teams) verliehen, die in München oder der Region München leben oder eine enge Verbindung zu München als Ort ihres Schaffens haben. Zuletzt erhielt Nicola Borgmann, Leiterin der Architekturgalerie München, im November 2018 den Preis für ihre herausragende Leistung in der Architekturvermittlung.

Die Debatten um die Stadtgestaltung, die Baukultur und die Frage, was ist gute Architektur, werden meistens dann öffentlich geführt, wenn die Politik sie auf die Tagesordnung nimmt oder im Rahmen des Bauplanungsrechts geführt werden müssen. Sonst schaffen es die Akteure in der Architektur über Orte wie die Architektenkammer, die Münchner Architekturgalerie oder Diskussionsabende von Architektenverbänden organisiert, vorwiegend nicht hinaus, also nicht weiter in die breite Öffentlichkeit hinein. Die lange Nacht der Architektur oder auch die Architektouren sind ein Mittel ausgewählte Architektur in den Focus zu nehmen. Der Architekturpreis alle drei Jahre auch. Öfter wäre besser.

Initiative:
Anja Burkhardt
Stadträtin

Heike Kainz
Stadträtin

Frieder Vogelsgesang
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 13.12.2018

Rechtzeitige Information der Bevölkerung bei privaten Baustellen!

Antrag

Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten zu prüfen, ob und in welcher Form private Baustellenbetreiber – vor der Einrichtung einer Baustelle im öffentlichen Raum – zur Information der Allgemeinheit verpflichtet werden können (z. B. durch das Aufstellen von Informationstafeln analog dem Baureferat).

Begründung

Baustellen im öffentlichen Raum sind oft ein Alltagshindernis!

Wer öffentliche Wege, Straßen oder Plätze aufgraben, etwas lagern oder aufstellen, einen Bereich absperren oder im Luftraum eine Strom- oder Wasserleitung führen möchte, braucht dazu eine Sondernutzungserlaubnis und eine verkehrsrechtliche Anordnung vom Kreisverwaltungsreferat.

Handelt es sich um eine größere und/ oder längere Baustelleneinrichtungen wird der zuständige Bezirksausschuss darüber unterrichtet. Wir möchten, dass auch die Münchner Bevölkerung rechtzeitig informiert wird!

gez.

Alexander Reissl
Bettina Messinger
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Renate Kürzdörfer
Julia Schönfeld-Knor

Gerhard Mayer
Christian Vorländer
Cumali Naz
Helmut Schmid

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 13.12.2018

Bundesgrundstücke für Wohnungsbau

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) geeignete Grundstücke des Bundes zu identifizieren.

Begründung

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht vor, dass der Bund Grundstücke für Wohnungsbau verbilligt an Gemeinden abgibt. Die Landeshauptstadt München sollte von sich aus an den Bund herantreten, um bis Ende der Legislaturperiode die geeigneten Grundstücke zu identifizieren und zu erwerben.

gez.

Alexander Reissl

Stadtratsmitglied

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 13.12.2018

Stadtratshearing zum Thema LGBTIQ*-feindliche Hasskriminalität

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Federführung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein Stadtratshearing zum Thema LGBTIQ*-feindliche Hasskriminalität durchzuführen.

Begründung

Aus der LGBTIQ*-Community wird schon seit Längerem von wachsenden Vorurteilen und zunehmenden homophoben Beleidigungen und gewalttätigen Übergriffen berichtet. Erst vor wenigen Tagen wurde ein junger Mann in der U-Bahn an der Universität von bislang Unbekannten aufgrund einer offensichtlich LGBTIQ*-feindlichen Motivation brutal zusammengeschlagen. Immer mehr Betroffene wenden sich unter anderem an die Beratungsstelle des schwulen Kommunikations- und Kulturzentrums sub.

Das beantragte Stadtratshearing soll diese besorgniserregende Entwicklung umfassend thematisieren sowie mögliche Handlungsstrategien und konkrete Maßnahmen diskutieren und entwickeln.

Hierfür sind Vertreterinnen und Vertreter aus der LGBTIQ*-Community, der Verwaltung, der Polizei sowie weitere Expertinnen und Experten einzubeziehen.

gez.

Christian Vorländer
Anne Hübner
Christian Müller

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 13.12.2018

München wird Mitglied der Cities Coalition for Digital Rights

Antrag

Die Landeshauptstadt München wird Mitglied der „Cities Coalition for Digital Rights“ (citiesfordigitalrights.org).

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat darzustellen,

- welche Ziele die „Cities Coalition for Digital Rights“ verfolgt;
- welche der in der „Declaration of Cities Coalition for Digital Rights“ (<https://citiesfordigitalrights.org/assets/Declaration%20Cities%20for%20Digital%20Rights.pdf>) niedergelegten „Digitalen Bürgerrechte“ bereits durch die Landeshauptstadt München berücksichtigt werden und wo noch Handlungsbedarf besteht;
- welche konkreten nächsten Schritte nach dem Beitritt der Landeshauptstadt München zur „Cities Coalition for Digital Rights“ unternommen werden.

Begründung:

Die rasant fortschreitende Digitalisierung erfordert eine umfassende ethische und politische Begleitung, gerade um die „digitalen Rechte“ der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und möglicherweise sogar auszubauen. Datenklarheit, Datenhoheit und Datenschutz, sind hier wichtige Begriffe, genauso wie die „Neutralität“ digitaler Technologien, d.h. die Möglichkeit, sie diskriminierungsfrei zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

Die Städte Amsterdam, Barcelona und New York sind in der „Cities Coalition for Digital Rights“ übereingekommen, die digitalen Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der Besucherinnen und Besucher zu schützen und zu fördern. Eine Mitgliedschaft der Landeshauptstadt in der Initiative wird dieses Anliegen auch in München entscheidend voranbringen und die internationale Vernetzung Münchens in diesem Bereich stärken.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sebastian Weisenburger
Angelika Pilz-Strasser
Dr. Florian Roth
Dominik Krause

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 12.12.2018

München braucht einen dritten Wagenplatz - Zwischennutzung des Städtischen Grundstückes MK2 an der Ganghoferstraße 72 für den Verein "Rad und Tat"

Antrag

Die Stadt München vermietet das Städtische Grundstück MK2 ab sofort und mit mehrjähriger Laufzeit an den Verein "Rad und Tat". Die Vertragsbedingungen orientieren sich an den bisherigen Verträgen mit vergleichbaren Wohn- und Kulturprojekten wie *Stattpark OLGA* oder *Hin und Weg*.

Begründung:

Der Rad und Tat e.V. ist ein Zusammenschluss junger Familien, der auf dem seit Jahren brachliegenden Grundstück MK2 in der Ganghoferstraße 72 ein Wagendorf gründen möchte. Bereits im Februar 2018 hat sich der Verein im Bezirksausschuss Schwanthalerhöhe (BA 8) vorgestellt und dort einstimmige Unterstützung für sein Vorhaben bekommen.

Seitens der Stadtverwaltung wurde das Vorhaben positiv aufgenommen und geprüft. Zudem fanden im Laufe des Jahres mehrere Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Kommunalreferates und ein entsprechender Ortstermin statt. Eine endgültige Entscheidung steht jedoch nach wie vor aus. Auch das jüngste Schreiben der BA-Vorsitzenden Sibylle Stöhr an den Oberbürgermeister vom 21. November 2018 wurde noch nicht beantwortet.

Die Frage nach einem Dritten Wagenplatz in München muss, auch unabhängig vom Standort Ganghoferstraße, transparent im Münchner Stadtrat diskutiert, beraten und entschieden werden - unter Beteiligung aller Fraktionen.

Einwände seitens der Verwaltung oder Politik, dass es langfristig keine Perspektiven gebe, Wagenplätze baurechtlich zu legalisieren, halten wir für vorgeschoben. Wenn der politische Wille da ist, gibt es auch einen Weg. So auch vor Kurzem im Rahmen der erfolgreichen Standortsuche für das Projekt *Stattpark OLGA* bewiesen. In einer modernen Weltmetropole wie München mit ca. 1,6 Mio Einwohnerinnen und Einwohnern muss auch weiterhin Platz sein für alternative und vielfältige Wohn- und Lebensformen, die neben einem allgemeinen Mehrwert für das Gesellschafts- und Stadtbild auch durch

ihr sozio-kulturelles Angebot das Leben der jeweiligen Stadtviertel bereichern. Brachliegende Grundstücke wie die angesprochene Fläche in der Ganghoferstraße würden somit eine sehr sinnvolle Nutzung erfahren. Zudem liegen etwaige weitere Nutzungsvorschläge für eine Zwischennutzung dieser Fläche für die kommenden Jahre weder seitens der Bürgerschaft noch seitens der Verwaltung vor. Dies wurde so auch seitens des Referats für Stadtplanung und Bauordnung im Rahmen der Planungen des nächsten Bauprogramms zur Schulbauoffensive betreffend den Standort Ganghoferstraße kommuniziert.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um die fristgemäße Bearbeitung dieses Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dominik Krause

Jutta Koller

Anja Berger

Oswald Utz

Paul Bickelbacher

Herbert Danner

Anna Hanusch

Katrin Habenschaden

Angelika Pilz-Strasser

Thomas Niederbühl

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 13. Dez. 2018

Anfrage

Boomtown München – aber wieviele Menschen arbeiten für Niedriglohn oder machen unbezahlte Überstunden?

Die bayerische Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Susanne Ferschl, teilte laut Meldung des Senders Bayern 2 am 30. November mit, dass auch in Bayern jeder sechste Vollzeitbeschäftigte mit einem Niedriglohn auskommen müsse. Dies gehe aus der Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der Linksfraktion im Bundestag hervor. In Westdeutschland liege die Niedriglohngrenze bei 2.226 Euro. In Bayern fallen knapp 600.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darunter, Frauen noch stärker als Männer. ¹⁾

Über eine weitere Kleine Anfrage der Linksfraktion und die Antwort der Bundesregierung wurde die Linken-Abgeordnete Jessica Tatti zitiert: 2017 wurden in Deutschland mehr als 2,1 Mrd. Überstunden geleistet, nur die Hälfte davon soll demnach vergütet worden sein. ²⁾

Auch in der Stadt München dürften sich diese Zustände widerspiegeln.

Wir bitten daher Herrn Oberbürgermeister Reiter um Klärung folgender Fragen:

1. Gibt es Erkenntnisse über die Lohnstruktur der Beschäftigung in der Landeshauptstadt oder im Agenturbezirk München insbesondere in Hinblick auf den Anteil der Niedriglohnbezieher?
2. Wie ist die Aufteilung der Beschäftigung bezüglich Arbeitszeit, d.h. wie hoch ist der Anteil an Vollzeit-Arbeitsplätzen, wie verteilen sich die Anteile auf die unterschiedlichen Klassen von Teilzeit-Beschäftigungen, wie hoch ist der Anteil der Mini-Jobs?
3. Welche Daten gibt es über geleistete Überstunden und deren Bezahlung?

Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

¹⁾ Quelle: Bayern 2/KI/Dig 30.11.2018

**MITGLIEDER IM
STADTRAT MÜNCHEN
LKR – Die EURO-Kritiker**

Andre Wächter – Fritz Schmude

LKR im Münchner Stadtrat · Marienplatz 8 · 80331 München



Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



Was kostet den Münchner Bürger die Grüne Ideologie - Nachgefragt

Ohne den Zukauf von Reststrommengen hätte das Atomkraftwerk Isar 2 im Jahre 2020 stillgelegt werden können. Da jedoch der Mehrheitsaktionär (E.ON) von der Möglichkeit Reststrommengen zu kaufen, Gebrauch gemacht hat, hätte ein Verzicht der SWM keine Stilllegung des Kraftwerkes vor dem 31.12.2022 zur Folge.

Ein Verzicht der SWM hätte aber zur Folge gehabt, dass sich der Münchner Bürger weiter an den Kosten des Kraftwerkes hätte beteiligen müssen, ohne im Gegenzug Erträge aus der Stromerzeugung generieren zu können.

Ideologie vor Verstand.

Die Grünen im Münchner Stadtrat haben sich trotzdem - aus ideologischen Gründen - gegen den Erwerb von Reststrommengen ausgesprochen.

Wir haben daher in unserer Anfrage vom 01.10.2018 nachgefragt, welcher finanzielle Schaden der SWM und damit München entstanden wäre, hätte der Münchner Stadtrat im Sinne der Grünen Partei entschieden.

In der Antwort spricht das RAW von einem „beachtlichen“ zweistelligen Millionenbetrag.

Wir fragen daher nach:

Was verstehen die SWM unter einem „beachtlichen“ zweistelligen Millionenbetrag? Einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag (bis 20 Mio. Euro), einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag (30 – 50 Mio. Euro) oder einen hohen zweistelligen Millionenbetrag (> 50 Mio. Euro)?

LKR-Gruppierung im Münchner Stadtrat

Andre Wächter
Fritz Schmude

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 13. Dezember 2018

Energie-Sprechstunde im Seniorenbeirat

Pressemitteilung SWM

Weihnachtsmarkt und mehr im MVG Museum

Pressemitteilung MVG

20 Jahre Messe München in Riem: Zwei neue Messehallen vollenden visionäre Idee

Pressemitteilung Messe München GmbH

Energieberatung für Münchner Haushalte mit geringem Einkommen

Energie-Sprechstunde im Seniorenbeirat

(13.12.2018) Viele ältere Menschen müssen aufs Geld schauen. Deshalb unterstützen der Seniorenbeirat und die „SWM Energieberatung für Haushalte mit geringem Einkommen“ Seniorinnen und Senioren dabei, ihre Energiekosten zu senken. **Immer am dritten Montag eines Monats gibt es deshalb die gemeinsame Energie-Sprechstunde: Die nächste findet am Montag, 17. Dezember, von 10 bis 12 Uhr beim Münchner Seniorenbeirat (Burgstraße 4, Raum 103) statt.**

Vertrauen schaffen für die Energieberatung zuhause

In der Sprechstunde erklärt ein Energieberater, wie eine Energieberatung zuhause abläuft. Man lernt dabei seinen persönlichen Berater kennen – und beim späteren Vor-Ort-Termin steht kein Fremder vor der Tür. Die Kooperation mit dem Seniorenbeirat ist ein weiterer Baustein der „Energieberatung für Haushalte mit geringem Einkommen“. Sie richtet sich an Münchner Haushalte mit geringem Einkommen, an Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung sowie an Menschen mit niedrigen Arbeits- oder Alterseinkünften.



Mehr Informationen: www.swm.de/energieberatung

Ablauf der Energieberatung

Ein verändertes Verhalten hat direkten Einfluss auf die Höhe der Energiekosten. Hier setzt die Beratung an: Die Energieberater kommen, spüren im Haushalt Schwachstellen auf, analysieren Verbrauchsgewohnheiten und führen eine Tarifberatung durch. Als Starthilfe erhält der Haushalt ein Energie-Sparpaket mit zwei LED-Leuchtmitteln, schaltbarer Steckerleiste, Perlator und Kühlschrankthermometer.

MVG Information für die Medien

13.12.2018

Weihnachtsmarkt und mehr im MVG Museum

Das MVG lädt zu einem besonderen Highlight ein: Am kommenden Wochenende, Samstag, 15. Dezember, und Sonntag, 16. Dezember, veranstaltet das MVG Museum einen **Indoor-Weihnachtsmarkt**. In der Ausstellungshalle werden an beiden Tagen rund 20 vorweihnachtliche Stände aufgebaut, der Schwerpunkt liegt auf handwerklichen und kulinarischen Spezialitäten. Glühwein ist ebenfalls im Angebot. Zusätzlich findet an beiden Tagen das **Adventsfest der LeseLounge** im MVG Museum statt. Besucher können sich dabei auf Lesungen in Bussen und Bahnen mit Autorinnen und Autoren freuen. Der Eintritt ist frei.

Der Weihnachtsmarkt im MVG Museum ist am Samstag, 15. Dezember, von 11 Uhr bis 20 Uhr geöffnet und am Sonntag, 16. Dezember von 11 bis 17 Uhr.

Anfahrt: Das MVG Museum ist in der Ständlerstraße 20. Es ist derzeit mit dem SEV-Bus 18 (Schwanseestraße) und mit den Buslinien 139 und 145 (Ständlerstraße) zu erreichen. Zusätzlich verkehren kostenlose Sonderlinien:

- **Tram-Shuttle:** Die Sonderlinie 10 pendelt zwischen Max-Weber-Platz (Einsteinstraße) und MVG Museum. Fahrplan: Ab Max-Weber-Platz ab 10.30 Uhr im 30-Minuten-Takt
- **Bus-Shuttle:** Die Sonderlinie O7 fährt zwischen Giesing Bf. und MVG Museum. Fahrplan: Ab Giesing Bf. ab 10.55 Uhr alle halbe Stunde

Weitere Informationen unter: www.mvg.de/museum

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de



Pressemitteilung

SPERRFRIST BIS 13.12.2018, 21 Uhr

20 Jahre Messe München in Riem Zwei neue Messehallen vollenden visionäre Idee

12. Dezember 2018 | Mit einem Festakt in Anwesenheit zahlreicher Wirtschaftsvertreter und Politiker aus dem In- und Ausland feiert die Messe München am 13. Dezember die Vollendung einer visionären Idee. Die beiden neuen Hallen C5 und C6 und das Conference Center Nord werden im Rahmen einer Gala-Veranstaltung eröffnet.

- Doppelter Grund zum Feiern: 20 Jahre Messe Riem und Neueröffnung
- Mehr Platz: Nunmehr insgesamt 200.000 Quadratmeter Hallenfläche
- Messechef Klaus Dittrich: „Erfolg von Menschen mit Visionen und Mut“

Mit der Einweihung ihrer neuen Hallen C5 und C6 sowie des neuen Conference Center Nord begeht die Messe München zeitgleich ihr 20-jähriges Jubiläum am Standort Riem. Nach nur zwei Jahren Bauzeit verfügt das Unternehmen jetzt insgesamt über 18 Hallen mit einer Ausstellungsfläche von 200.000 Quadratmetern.

Damit ist das 1998 eröffnete Messegelände in Riem den ursprünglichen Plänen gemäß vollendet. Die Kosten für die neuen Hallen und den Konferenzbereich in Höhe von rund 105 Millionen Euro finanzierte die Messe aus eigener Kraft, ohne Zuschüsse der Gesellschafter.

„Das 20-jährige Jubiläum der Messe München in Riem und zugleich ihre bauliche Vollendung feiern wir als Erfolg von Menschen mit Visionen, Kreativität und Mut“, sagt Messechef Klaus Dittrich.

„Der Bedarf für die neuen Hallen war schon lange gegeben: Bei vier Weltleitmesen waren jahrelang sämtliche Hallen ausgebucht“, sagt Klaus Dittrich, der Vorsitzende der Geschäftsführung, und betont, dass die Nachfrage weiterhin kontinuierlich steige. Dabei nimmt besonders die Nachfrage aus dem Ausland zu. Klaus Dittrich: „Von Riem aus haben wir die Messe München Schritt für Schritt zum Global Player aufgebaut. Die Vollendung des Messegeländes in Riem ist ein wichtiger Meilenstein für unseren Erfolg auch in der Zukunft.“

Mit ihren Messeveranstaltungen und Kongressen stärkt die Messe München den Wirtschaftsstandort München und Bayern. Durch sie wird München regelmäßig zum weltweit wichtigsten Treffpunkt für zahlreiche Branchen und zum Hotspot für wirtschaftliche und technische Innovationen.

Aleksandra Solda-Zaccaro
Chief Marketing & Communications Officer
Tel. +49 89 949-730
Fax +49 89 949-97-730
aleksandra.solda@messe-muenchen.de

Stephanie Schuler
Unternehmens-PR
Tel. +49 89 949-20737
Fax +49 89 949-97-20737
stephanie.schuler@messe-muenchen.de

Messe München GmbH
Messegelände
81823 München
Deutschland
www.messe-muenchen.de





Zukunftsförderung: Die Messe München als Wirtschaftsmotor

Auf die Bedeutung der Messe München weist Hubert Aiwanger hin, Bayerns Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, der zugleich neu gewählter, alternierender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Messe München ist: „Die Messe München ist eine der Kronjuwelen der bayerischen Wirtschaft. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern, national wie international. Jeder investierte Euro führt zu weiteren 10 Euro, die dem Einzelhandel, den Restaurants, Hotels, Taxifahrern wie auch Handwerksbetrieben zu Gute kommen“, so beschreibt der stellvertretende bayerische Ministerpräsident die Bedeutung der Messe München.

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter bezeichnet die „vorbildlich auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz“ ausgerichtete Anlage als „architektonisch schönsten“ und „grünstes Messegelände der Welt“. Dem Oberbürgermeister zufolge „trägt die Messe wesentlich zur Prosperität der Stadt München bei“.

Die Messe München hat also am 13. Dezember 2018 allen Grund zum Feiern. Bei der feierlichen Eröffnungsgala spielen die Münchner Symphoniker, die Gäste erwartet ein festliches Galadinner des bekannten Münchner Gastronomen Käfer.

Zur Historie der Messe München

1992 gaben die beiden Hauptgesellschafter der Messe München, die Stadt München und der Freistaat Bayern, grünes Licht, eine neue Messe auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Riem zu bauen. „Ohne diesen mutigen Entschluss würde München heute im internationalen Messegeschäft keine Rolle mehr spielen“, ist sich Messechef Klaus Dittrich sicher.

1998 zog die Messe von ihrem alten Standort auf der Theresienhöhe auf das weitläufige Gelände des ehemaligen Münchner Flughafens Riem. Hier begann der enorme Aufschwung der Messe München: 1998 betrug der Konzernumsatz rund 175 Millionen Euro. 2016 wurde ein Rekordumsatz von 428 Millionen Euro erzielt. Auch im Jubiläumsjahr 2018 hat das Unternehmen großen wirtschaftlichen Erfolg. Das vergangene Jahr konnte mit Bestmarken und bis zu zweistelligen Wachstumsraten bei einzelnen Messen abgeschlossen werden.

Messe München

Die Messe München ist mit über 50 eigenen Fachmessen für Investitionsgüter, Konsumgüter und Neue Technologien einer der weltweit führenden Messeveranstalter. Insgesamt nehmen jährlich über 50.000 Aussteller und rund drei Millionen Besucher an den mehr als 200 Veranstaltungen auf dem Messegelände in München, im ICM – Internationales Congress Center München, im MOC Veranstaltungszentrum München sowie im Ausland teil. Zusammen mit ihren Tochtergesellschaften organisiert die Messe München Fachmessen in China, Indien, Brasilien, Russland, der Türkei, Südafrika, Nigeria, Vietnam und im Iran. Mit einem Netzwerk von



Beteiligungsgesellschaften in Europa, Asien, Afrika und Südamerika sowie rund 70 Auslandsvertretungen für mehr als 100 Länder ist die Messe München weltweit präsent.

Fotos zur Veranstaltung ab 13.12.2018, 22:30 Uhr unter:

<https://messe-muenchen.de/vollendung>